

Was tun gegen Extremisten?

Kommunalpolitik Demokratie als wichtigster Grundstein: In diesem Jahr werden 75 Jahre Grundgesetz gefeiert. In Horb hat sich das Bündnis „Für Demokratie - Aktiv gegen Rechts“ gegründet. Für wie wichtig hält ihre Fraktion es, sich vor Ort einzusetzen, beispielsweise an den Kundgebungen teilzunehmen, und was kann die Kommunalpolitik tun, um die Gesellschaft zu stärken und den Extremisten entgegenzuwirken?



Dem Aufruf des Bündnisses „Für Demokratie - aktiv gegen rechts“ waren in Horb zu Jahresbeginn viele Menschen gefolgt. Archivbild: Karl-Heinz Kuball

CDU: Patrick Speiser

Hart in der Sache, aber anerkennend



Das Grundgesetz feiert seinen 75. Geburtstag. Es besteht nun länger als das Deutsche Kaiserreich, die Weimarer Republik und das Dritte Reich zusammen und wird von vielen als eine der besten Verfassungen der Welt angesehen.

In den letzten 75 Jahren mussten das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht immer wieder neue Antworten auf die Fragen einer sich drastisch ändernden Welt liefern - mit Erfolg.

Doch trotz allem berechtigten Jubel schützt letztlich nicht ein Gesetzbuch oder ein Gericht allein unsere Demokratie und Freiheit. Demokratie braucht Demokraten. Wir müssen uns und andere motivieren, uns wieder für unsere Gesellschaft starkzumachen. Wählen ist die erste Bürgerpflicht und sollte von jedem wahrgenommen werden. Aber Wählen allein reicht nicht aus. Unsere Demokratie kann nur bestehen, wenn sich Menschen in Parteien, Vereinen und Vereinigungen engagieren.

Darüber hinaus müssen wir aufstehen, wenn extreme Kräfte das Ruder übernehmen und den Diskurs an sich reißen wollen. Wir müssen uns aber auch darin üben, wie wir mit unseren politischen Wettbewerbern der anderen demokratischen Parteien umgehen. Hart in der Sache, aber stets anerkennend, dass unser Gegenüber mit seinem Engagement dazu beiträgt, dass unsere Demokratie lebendig bleibt. *Privatbild*

FD/FW: Samuel Dittmann

Dialog statt Spott und Ausgrenzung



75 Jahre Grundgesetz - das ist Grund zu feiern! Denn auf unsere Demokratischen Grundwerte können wir stolz sein - sie sind nicht selbstverständlich!

In Zeiten, in denen Extremisten Fabriken stürmen, Politiker und Ehrenamtliche angegriffen werden und Hetze gezielt gegen die Schwachen unserer Gesellschaft zunimmt, ist die Besinnung auf unsere demokratischen Grundwerte wichtiger denn je.

Es ist an uns allen, zu zeigen, dass so etwas keinen Platz in unserer demokratischen Gesellschaft hat! Kundgebungen und Demonstrationen, wie die des Bündnisses „Für Demokratie - aktiv gegen Rechts“ sind dabei das beste Mittel, etwas entgegenzusetzen.

Gleichzeitig können wir alle in unserem Umfeld etwas bewirken. Wir sollten mit Menschen, die uns nahestehen und extreme Ansichten vertreten, in den Dialog treten und nicht mit Spott und Ausgrenzung begegnen - sonst wird das Problem nur verstärkt.

Auch die Kommunalpolitik kann unterstützen, indem die gesellschaftliche Teilhabe oder Initiativen wie der „Einheitlich Demokratische Verein“ gefördert werden. Auch müssen Radikalisierungsfaktoren wie Armut, Diskriminierung und soziale Isolation angegangen werden.

Nur wenn jeder seinen Beitrag für unsere Demokratie leistet, kann sie bestehen. Auf die nächsten 75 Jahre! *Bild: Folke Weber*

BiM: Ines Singer

Für und nicht gegen



23. Mai 2024, die Bundesrepublik feiert 75 Jahre Grundgesetz! Ist dies für alle ein Grund zum Feiern? Sind vor dem Gesetz wirklich alle gleich, Artikel 1 GG?

Der Lohn von Frauen ist gegenüber dem von Männern weiterhin niedriger. Verbeamtete Rentner bekamen den Inflationsausgleich und jeder normale Rentner schaute in die Röhre. Führungspositionen sind zu einem sehr hohen Prozentsatz immer noch von Männern besetzt.

Wie sieht es bei uns auf der Kommunalebene aus? In Horb gründete sich das Bündnis „Für Demokratie - aktiv gegen Rechts“ und veranstaltete am 3. März 2024 eine große Kundgebung in Horb, welche sehr hohen Zuspruch bekam. Es ist wichtig, zusammenzustehen! Allerdings gab es im Vorfeld schon Stimmen, vor allem von der CDU, über den Bündnisnamen. GEGEN! Sollte man/wir nicht lieber FÜR sein? FÜR Gleichberechtigung. FÜR Toleranz. FÜR Demokratie. FÜR unsere Kinder, Rentner und Familien. FÜR Gemeinschaft und Vielfalt. FÜR neue politische Bündnisse.

Das Grundgesetz ist das politische Instrument, welches sicherstellt, dass die Demokratie eingehalten wird. Daher sollten sich alle Menschen in diesem Land, egal welcher politischen und religiösen Ansicht oder Hautfarbe, wieder mehr auf diesen guten Grundgedanken besinnen. *Privatbild*

SPD: Cem Atas

Demokratie steht nicht alleine



Seit 75 Jahren bilden die Werte Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit das Fundament unseres Zusammenlebens. Mit Erschrecken erkennen wir jedoch, dass

demokratiefeindliche Bewegungen und Parteien versuchen, unser friedliches Miteinander zu zerschlagen. Rassismus und die Anzweiflung demokratischer Prinzipien sind zentrale Elemente ihrer Politik. Wie gefährlich das sein kann, zeigen die Geheimplan „Remigration“ und die Umsturzbestrebungen der Reichsbürger-Bewegung.

Wir stehen entschieden gegen Rechts und demokratiefeindliche Bewegungen jeglicher Art und sind sicher, dass die Kommunalpolitik maßgeblich zu einem friedlichen und lebendigen Zusammenleben beitragen kann. Auch wir sehen die Probleme und Ängste unserer Bürgerinnen und Bürger, jedoch sind Hass und Hetze die falschen Wege, diese zu lösen.

Wir werden gezielt Projekte fördern, die den Austausch stärken und Raum für Begegnungen schaffen, um Ängste und Vorurteile abzubauen. Dies erreichen wir mit Hilfe von Bündnissen und Vereinen, die sich aktiv für das Wohl unserer Demokratie einsetzen. Es ist unsere Verantwortung, diese zu unterstützen und aktiv mitzuwirken, um eine Stadt zu gestalten, die auf den Werten unseres Grundgesetzes aufbaut. *Privatbild*

OGL: Michael Jacob

Umwelt schützen, Demokratie wahren



Als Engagierter in beiden „Bündnissen“ halte ich es für extrem wichtig, sich vor Ort einzusetzen. Beide Ziele, Umwelt schützen und Demokratie bewahren

hängen für mich sehr eng zusammen. Das eine ist ohne das andere meines Erachtens nicht möglich. Nur durch den Schutz und Erhalt unserer ökologischen Lebensbedingungen ist ein demokratisches Miteinander möglich. Und nur ein demokratisch regiertes Staatswesen kann für alle, und nicht nur die Privilegierten, eine lebenswerte Umwelt bieten.

Kommunalpolitisch können wir an der Weltlage nicht viel ändern, wir können aber Stellung beziehen gegen eine Partei, die auf der einen Seite die menschengemachte Klimaveränderung leugnet, und auf der anderen Seite das Grundgesetz mit Füßen tritt. Weder Fremdenhass noch Klimälügen dürfen im zukünftigen Gemeinderat toleriert werden.

Schutz der Umwelt und Demokratie können und müssen im eigenen Umkreis praktiziert werden, auch durch Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen. Nur so kann der/die Einzelne begreifen, wie Demokratie funktioniert. Wer noch nie in einen basisdemokratischen Entscheidungsprozess eingebunden war, egal auf welcher Ebene, kann das Prinzip der Demokratie nicht verstehen und nicht lernen, dass Demokratie und Umweltschutz Kompromisse erfordern und auch wehtun können. *Privatbild*

ULH: Hermann Walz

Wer legt fest, was rechts ist?



Die Fragestellung in sich ist bereits nicht schlüssig. Wer legt fest, was rechts ist? Dieses Bündnis? Für ganz Linke, die von einer Radikalisierung im Kampf gegen rechts schwärmen, beginnt rechts wohl bereits bei der CDU.

Warum wird berechtigte Kritik von vielen bereits in die sogenannte rechte Ecke gestellt? Sich gegen jegliche Art von Extremismus auszusprechen, ob er von rechts oder links kommt, sollte für jeden eine Selbstverständlichkeit sein. Aus diesem Grunde sehen wir den Na-

men des Bündnisses in Horb als falsch an. Das Grundgesetz wird 75 Jahre alt. Es bildet die Grundlage unseres Zusammenlebens. Dabei ist in den ersten Artikeln festgelegt, wie eine Gesellschaft untereinander mit sich umzugehen hat. Ob dies in der heutigen Zeit immer noch so ist, soll jeder für sich selbst entscheiden. Sich auch selbst hinterfragen, ob die Definition Demokratie, wie sie damals formuliert wurde, noch heute Gültigkeit hat.

„Die Arena der Demokratie ist die Öffentlichkeit. Dorthin gehören Argument und Gegenargument, und am Ende entscheidet der Wähler - kein Gericht und kein Geheimdienst“ (Netzfund). *Privatbild*

Acht Themen zur Wahl

Am 9. Juni ist Kommunalwahl - die NECKAR-CHRONIK bat die sieben Listen, die um die Sitze im Horber Gemeinderat kandidieren, um Einschätzungen zu verschiedenen Themenblöcken.

- Bislang erschiene: **Wie wird Horb wohnen?** neckar-chronik.de/628837.html
- Haushalt - wo sparen?** neckar-chronik.de/628944.html
- Klimaneutral - aber wie?** neckar-chronik.de/629102.html
- Das neue Stadtherz:** neckar-chronik.de/629161.html
- Der ÖPNV der Zukunft:** neckar-chronik.de/629414.html
- Den e.V. retten - wie?** neckar-chronik.de/629774.html

AfD: Rodolfo Panetta

Rechts zu stehen ist in Ordnung



In einer Demokratie muss alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen. Das Grundgesetz schreibt uns Bürgern nicht vor, wie wir zu denken haben. Rechts zu stehen ist in

Ordnung. Kein Mensch wird gezwungen, linke oder liberale Politik zu unterstützen.

Allerdings müsste es wieder wie zu Zeiten Konrad Adenauers einen antitotalitären Konsens geben, damit eine Rückkehr zur Gewaltherrschaft in Deutschland unmöglich ist. Keine Regierung darf weisungsgebundene Behörden zum eigenen Vorteil und zur Verunglimpfung der Opposition einsetzen. Zu den wichtigsten Merkmalen einer Demokratie gehören - erstens - unveräu-

ßerliche parlamentarische Rechte der Opposition. Und - zweitens - ihr gleichberechtigter Zugang zu den Massenmedien.

Deutschland hat sich nach meiner Überzeugung in den letzten Jahrzehnten zu einem linksautoritären Staat entwickelt, in dem rechtskonservative Bürger planmäßig ihrer demokratischen Rechte beraubt werden und das ganze System der eigenen Herabsetzung auch noch durch Zwangsabgaben finanzieren müssen. Die Meinungsfreiheit wird von Jahr zu Jahr mehr eingeschränkt, während die Antifa Regierung und Medien beherrscht. Gewalttätigkeiten und Sachbeschädigungen werden geflissentlich ignoriert, wenn sie der Einschüchterung der Opposition dienen. Dagegen will ich im Gemeinderat aufbegehren. *Privatbild*